2. *Mitgliedstaaten — Verpflichtungen — Umsetzung der Richtlinien — Verstoß — Rechtfertigung mit der innerstaatlichen Ordnung — Unzulässigkeit (Art. 226 EG) (vgl. Randnr. 22)*

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Nicht fristgerechter Erlass der Vorschriften, die erforderlich sind, um der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (ABl. L 16, S. 44) nachzukommen

Tenor

1. Das Königreich Spanien hat dadurch gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen verstoßen, dass es die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen, nicht erlassen hat.

2. Das Königreich Spanien trägt die Kosten.

Beschluss des Gerichtshofs (Siebte Kammer) vom 16. November 2007 — Autostrada dei Fiori und AISCAT/Governo della Repubblica italiana u. a.

(Rechtssache C-12/07)

„Vorabentscheidungsersuchen — Unzulässigkeit"

Vorabentscheidungsverfahren — Zulässigkeit — Ohne hinreichende Angaben zum tatsächlichen und rechtlichen Zusammenhang gestellte Fragen (Art. 234 EG; Satzung des Gerichtshofs, Art. 23) (vgl. Randnrn. 16-18)

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Tribunale civile di Genova — Unmittelbare Übertragung der Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen auf ein Unternehmen, das den betreffenden Markt kontrolliert — Ausstattung dieses Unternehmens mit der Befugnis, den Inhalt von Konzessionsverträgen zwischen seinen Konkurrenten und dem Staat festzulegen und diese Verträge aufzulösen — Vereinbarkeit mit den Art. 43, 49, 82, 86 und 87 EG

Tenor

Das vom Tribunale civile di Genova mit Entscheidung vom 9. Januar 2007 vorgelegte Ersuchen um Vorabentscheidung ist offensichtlich unzulässig.

Beschluss des Gerichtshofs (Achte Kammer) vom 21. November 2007 — Correia de Matos/Parlament

(Rechtssache C-502/06 P)

„Rechtsmittel — Formerfordernisse — Mangelnde Vertretung des Rechtsmittelführers — Unzulässigkeit"

Verfahren — Rechtsmittelschrift — Formerfordernisse (Satzung des Gerichtshofs, Art. 19 Abs. 3 und Art. 21 Abs. 1; Verfahrensordnung des Gerichtshofs, Art. 37 § 1, 38 § 3 und 58) (vgl. Randnrn. 11-13)